

Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) 28. Oktober 2022

URL: <https://www.rnd.de/politik/ukraine-krieg-wie-die-parteien-zur-aufnahme-russischer-deserteure-stehen-ZNZJUAK25VBODIWV7GZLZI4V6E.html>



© Quelle: dpa

[Jan Emendörfer](#) 28.10.2022, 09:00 Uhr

Positionen im Überblick

Dürfen „bei aller Hilfsbereitschaft nicht naiv sein“: So stehen Parteien zu russischen Deserteuren



Viele russische Männer wollen den Dienst an der Waffe nicht antreten. Was Bundestagsabgeordnete zum Umgang mit russischen Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern in Deutschland sagen. © Quelle: dpa

Berlin. Außer der AfD sind alle im Bundestag vertretenen Fraktionen für die Aufnahme russischer Kriegsdienstverweigerer und Deserteure, wenn auch die Einschätzungen darüber, wie man verfahren soll, differieren, wie eine Umfrage des RND ergab.

Frank Schwabe, menschenrechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, sagt: „Wer an einem verbrecherischen Angriffskrieg nicht teilnehmen will, genießt sowieso Asylrecht.“ Außerdem, so Schwabe, sei jeder Mensch, der Putin nicht zur Verfügung steht, ein Gewinn für die Ukraine, Deutschland und Europa. „Ich kann aber die Besorgnisse auch verstehen, gerade auch bei Ukrainerinnen und Ukrainern in Deutschland. In der Abwägung finde ich aber das Asyl trotzdem richtig.“

Jürgen Hardt, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, befindet: „Wer in Russland die Mitwirkung am Angriff gegen die Ukraine verweigert, ist kein Deserteur, sondern handelt moralisch und nach internationalen Wertmaßstäben richtig. Außerdem ist jeder russische Kriegsdienstverweigerer ein Soldat weniger im Kampf gegen die Ukraine.“ Gleichwohl, so Hardt, müsse jeder Einzelfall auf Asylgewährung sorgfältig und möglichst nach einheitlichen Maßstäben in der EU geprüft werden, „um Trojanische Pferde zu vermeiden“. „Es ist Putin zuzutrauen, dass er versucht, Menschen bei uns einzuschleusen, die uns schaden wollen“, so Hardt.



Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), Vorsitzende des Verteidigungsausschusses © Quelle: Kay Nietfeld/dpa

Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, warnt, man dürfe „bei aller Hilfsbereitschaft nicht naiv sein“. „Die Behörden müssen ganz genau hinschauen und kontrollieren, wer da in Deutschland einreisen will. Wir dürfen unter keinen Umständen zulassen, dass russische Staatsbürger gezielt unsere Freiheit nutzen, um von hier aus russische Propaganda zu verbreiten oder gar ukrainische Flüchtlinge bedrohen“, sagte Strack-Zimmermann. Dennoch plädiert auch die FDP-Politikerin dafür, „Menschen, die um ihr Überleben kämpfen, nicht die Tür zu verschließen“.

gesonderter TV-Bericht (1'05‘‘), Link: <https://www.rnd.de/politik/ukraine-krieg-wie-die-parteien-zur-aufnahme-russischer-deserteure-stehen-ZNZJUAK25VBODI WV7GZLZI4V6E.html>

Kreml-Chef Putin bereit zu „Friedensverhandlungen“ mit der Ukraine

Der russische Präsident Wladimir Putin hat nach mehr als acht Monaten Krieg gegen die Ukraine seine Bereitschaft zu Friedensverhandlungen bekräftigt. © Quelle: dpa

Robin Wagener, der für die Grünen im Auswärtigen Ausschuss sitzt, sagt: „Die russischen Deserteure, die aktuell vor der Teilmobilisierung fliehen, sind keine Helden. Sie wenden sich nicht gegen den Krieg, nicht gegen die russischen Menschenrechtsverbrechen in der Ukraine und nicht gegen die innerstaatlichen Repressionen des Kremls.“ Sie wollten vor allem ihr Leben retten, aber das sei ihr gutes Recht. Das europäische Asylrecht gewähre allen Menschen Schutz, wenn sie gegen ihren Willen zu Kriegsverbrechen gezwungen werden sollen. „Wir sollten die Deserteure daher nicht wie Heilige behandeln, sondern ihnen ihre Rechte gewährleisten.“ Sie wollen vor allem ihr Leben retten, aber das ist ihr gutes Recht.



© Quelle: imago images/Christian Spicker

Jan Korte, Parlamentarischer Geschäftsführer der Linken

Jan Korte, Parlamentarischer Geschäftsführer der Linken: „Vor Monaten hatte Bundesinnenministerin Nancy Faeser bereits eine Aufnahmeregelung für russische Deserteure auf EU-Ebene in Aussicht gestellt. Passiert ist seither nichts. Und dabei ist doch klar: Russische Soldaten und Wehrpflichtige, die sich weigern, an dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine teilzunehmen und dadurch dazu beitragen ihn zu verkürzen, riskieren schwerste Bestrafungen oder setzen sogar ihr Leben aufs Spiel. Sie brauchen dringend unsere Solidarität. Nach geltendem Asylrecht steht ihnen ein Flüchtlingsstatus zu.“

Rüdiger Lucassen, Obmann für die AfD im Verteidigungsausschuss, meint: „Die AfD lehnt die Aufnahme russischer Deserteure und Kriegsdienstverweigerer entschieden ab. Asylrecht ist Individualrecht für politisch Verfolgte. Das trifft auf russische Reservisten nicht zu. Artikel 16a des Grundgesetzes ist da eindeutig. Zudem kann ein solcher Aufruf der Bundesregierung als Angriff auf das russische Wehrsystem gewertet werden – eine unnötige Provokation. Die Aufnahme Hunderttausender Männer, auch aus Regionen wie Tschetschenien, bedeutet außerdem ein erhebliches Sicherheitsrisiko für Deutschland.“